

II-1867 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen
des Nationalrates XVIII. Gesetzgebungsperiode

Nr. 1033 /J

1991-05-10

ANFRAGE

der Abgeordneten Anschöber, Freunde und Freundinnen

an den Bundesminister für Gesundheit, Sport und Konsumentenschutz

betreffend EWR-Vertragsunterzeichnung

Der mögliche Abschluß der EWR-Verträge wirft in vielerlei Hinsicht offene Fragen auf, so auch bezüglich der Auswirkungen auf die österreichische Anti-Atom-Politik.

Die unterzeichneten Abgeordneten richten deshalb an den Bundesminister für Gesundheit, Sport und Konsumentenschutz folgende

ANFRAGE:

1. Ist geplant, ein Importverbot für schwach-, mittel- und hochradioaktive Abfälle aus dem Ausland gesetzlich zu fixieren?
2. Wäre ein derartiges Importverbotsgesetz vereinbar mit dem Abschluß der EWR-Verträge?
3. Sollte absehbar sein, daß im Falle eines EWR-Vertragsabschlusses ein gesetzliches Verbot für den Import, die Zwischenlagerung, Endlagerung oder Konditionierung ausländischen schwach-, mittel- oder hochradioaktiven Abfalls nicht vereinbar ist, welche Maßnahmen setzen Sie dagegen?
4. Ist ein EWR-Vertragsabschluß vereinbar mit der österreichischen Anti-Atom-Politik bzw. dem Bestreben, ein kernenergiefreies Mitteleuropa zu schaffen?